

GDP beschliesst Urabstimmung über Streiks - SGG verhandelt weiter.

Arbeitskampf wird koordiniert

In der Auseinandersetzung um die Erneuerung der Gesamtarbeitsverträge (GAV) in der Druckindustrie hat die Führung der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) am Samstag in Bern grünes Licht für die Aufnahme des Arbeitskampfes erhalten. In der Branche beginnt am 1. April ein vertragsloser Zustand.

Die Schweizerische Graphische Gewerkschaft (SGG), die kleinste der drei Branchengewerkschaften, beschloss gleichentags in Luzern die unterbrochenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern wieder aufzunehmen.

Die GDP-Delegierten beschlossen in Bern unter anderem eine Urabstimmung über Arbeitsniederlegungen. Nach den Statuten dieser mit 16'000 Mitgliedern grössten Arbeitnehmerorganisation der Druckindustrie sind Streiks erst möglich, wenn sich die Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit dafür aussprechen. Ein Abstimmungstermin wurde noch nicht festgelegt. Ende April will die GDP ausserdem mit dem Schweizerischen Lithographenbund (SLB) ein gemeinsames Nationales Aktionskomitee bilden, das den Arbeitskampf koordinieren soll.

Das Resultat der bisherigen Verhandlungen mit dem Schweizerischen Verband Graphischer Unternehmen (SVGU) wiesen die 90 Delegierten einstimmig als ungenügend zurück. Eine Verlängerung des bisherigen GAV wurde mit 82 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der SLB, der heuer erstmals mit der GDP eine gemeinsame Verhandlungsdelegation gebildet hatte, wird am kommenden Dienstag an einer Sitzung des Zentralvorstandes über das weitere Vorgehen entscheiden! Im SLB sind rund 7'000 Arbeitnehmer organisiert. Die SGG, die in getrennten Gesprächen mit dem SVGU bereits eine weitgehende Einigung erreicht hat, beschloss in Luzern an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung die Fortsetzung der Verhandlungen, obwohl das bisherige Ergebnis als nicht zufriedenstellend bezeichnet wurde. Beharren will die SGG unter anderem auf einer zusätzlichen Ferienwoche, einer Realloohnerhöhung um 100 Franken monatlich und auf der Unterstellung der Teilzeitbeschäftigten unter den GAV. Klar sprach sich auch die SGG gegen eine Verlängerung des bisherigen GAV aus.

Berner Tagwacht, 28.3.1988.

GDP > Vertragsverhandlungen. TW, 1988-03-28